Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3604

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Gesundheitswesen
(11. Ausschuß)

über die von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschläge der Kommission der EWG für

eine Richtlinie des Rats zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für gefährliche Stoffe und Zubereitungen

eine Richtlinie des Rats zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe

— Drucksache IV/3454 —

A. Bericht der Abgeordneten Frau Welter (Aachen)

Die Bundesregierung hat dem Bundestag die obengenannten Vorschläge mit Datum vom 21. Mai 1965 zugeleitet. Der Präsident des Deutschen Bundestages hat entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 — Drucksache 1187 der 3. Wahlperiode — die Vorschläge dem Ausschuß für Gesundheitswesen federführend und dem Ausschuß für Arbeit zur Mitberatung überwiesen.

Beide Ausschüsse haben sich am 15. Juni 1965 mit den Vorschlägen befaßt. Der Ausschuß für Arbeit hat dem federführenden Ausschuß empfohlen, von den Vorschlägen zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Gesundheitswesen begrüßt die in den Richtlinien vorgesehene Vereinheitlichung und Verbesserung des Schutzes von Gesundheit und Leben der Bevölkerung.

Zur Frage der Transformierung der Richtlinien ist festzustellen, daß die Materie, die geregelt werden soll, in der Bundesrepublik landesrechtlich geregelt ist. Von der Bundesregierung soll jedoch in der nächsten Wahlperiode ein Gesetz über den Verkehr mit Giften vorgelegt werden, das eine einheitliche Bundesregelung dieser Materie bringt und im wesentlichen die in den Richtlinien festgelegten Anforderungen übernehmen wird.

Der Ausschuß für Gesundheitswesen hat materiell keine Beanstandungen erhoben und schlägt aus diesem Grunde dem Plenum die Annahme des nachstehenden Antrages vor.

Bonn, den 18. Juni 1965

Frau Welter (Aachen)
Berichterstatterin

Ausschußantrag umseitig

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Vorschläge der Kommission der EWG — Drucksache IV/3454 — werden zur Kenntnis genommen.

Bonn, den 18. Juni 1965

Der Ausschuß für Gesundheitswesen

Dr. Hamm (Kaiserslautern)	**Frau Welter (Aachen)**
Vorsitzender	Berichterstatterin